



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weiber und Kinder, wie ich glaube, die ganze Bewohnerschaft, mit Ausnahme etwa der schweren Kranken, gruppirt sich um uns, doch was ich nicht verschweigen darf, in einiger Entfernung, um uns nicht zu belästigen. Nur der Oberscheich, ein ehrwürdig aussehender Mann mit weißem Bart suchte mit uns zu seiner Belehrung eine Unterhaltung anzuknüpfen. Wieviel Tagereisen zu Pferde oder zu Kameel von Kasidia nach Preußen seien, ob dort auch Weizen und Sesam wachse, ob es dort Kinder und Kameele gebe u. s. w. Wir lobten natürlich unser gesegnetes Vaterland, erzählten von den Wiesen, dem Reichthum an Feld- und Baumfrüchten, von den Kühen, die größer werden als hiesige Maulthiere, von den Pferden, die einem dreijährigen Kameel an Höhe gleichkommen. Alles dies erregte großes Erstaunen, noch mehr aber unsere Mittheilung, daß es bei uns zu Lande in jedem Sommermonat regne, und daß man Kameele daselbst für Geld zeige. „Also die preußischen Fellahs leben ohne Kameele, da muß Handel und Wandel gering sein!“ äußerte kopfschüttelnd der alte Mann.

Scheich Jssa, welchen, wie schon angedeutet, besondere Pflichten für den Augenblick an sein Haus feffelten, hatte bald in den Schüsseln reine Bahn gemacht und stieß mit dem Churi wieder zu uns. Da die Sonne im Sinken war, so bereiteten wir uns Abschied zu nehmen, wurden aber noch von dem Pfarrherrn aufgehalten, welcher, von Jssa unterstützt, uns erst bei sich zur Nacht behalten und, als wir dies ablehnten, uns das Versprechen abnehmen wollte einen andern Tag bei ihm zu Gaste zu sein. Auch diese Einladung mußten wir zurückweisen. Jssa geleitete uns zum Dorfe hinaus, woselbst ich das ihm zuge dachte Geldgeschenk ihm verabreichen wollte; aber der Aga, El Hillu hielt mich zurück. „Wissen Sie nicht,“ sagte er, „daß noch hundert scharfe Augen auf uns gerichtet sind? Erfährt man im Dorfe, daß der Mann hier Geld für seine Gastlichkeit genommen, so ist er auf ewig geschändet und mag getrost von Haus, Weib und Kindern fortlaufen! — Schicken Sie ihn nur zurück, er wird sich schon wieder melden.“ — Ich folgte dem kundigen Rathe und entließ unsern Wirth mit bloß mündlichem Danke und einer Aufforderung uns in den Zelten zu besuchen, welche er vollkommen verstand. Mit dem letzten Abendschein langten wir in unserm Lager wieder an.

Von der preussischen Grenze.

Die Verhandlung der kurhessischen Frage im Hause der Abgeordneten wird nicht verfehlen, die allgemeine Aufmerksamkeit und Theilnahme von ganz Deutschland zu erregen. Es war hohe, ja es war die höchste Zeit, daß die Abgeordneten nach dieser Seite hin ein Lebenszeichen gaben, da sich in Deutschland immer mehr die

Meinung befestigte, sie hätten für die deutschen Angelegenheiten überhaupt kein Interesse, oder ihre Ueberzeugung sei wenigstens so schwach, daß sie den Beschlüssen der Regierung nicht das geringste Gewicht hinzufügen könnte. Es mag bedauert werden, daß diese Debatte nicht vor der Schlußabstimmung des Bundestages stattfand; auf der andern Seite gewinnt sie aber gerade dadurch an Gewicht, daß sie jetzt direct gegen diesen Beschluß gerichtet ist, den sie doch schwerlich würde geändert haben. Die Entschiedenheit und der Patriotismus, mit welchem sich die liberale Partei in allen Schattirungen ausgesprochen hat, läßt nichts zu wünschen übrig, und wir unsererseits, die wir den Ansichten derselben im vollen Maß beipflichten, finden keine Veranlassung, den leidenschaftlichen Ausdruck derselben zu verstärken. Wir beschränken uns darauf, so kühl als möglich auf den tiefen Ernst dieser Angelegenheit hinzuweisen, auf ihre folgenschwere Bedeutung, die keiner von den Rednern so bestimmt markirt hat, als der Abgeordnete von Carlowitz.

Wir halten uns zunächst an die Einwendungen, die der Führer der reactionären Partei, Herr v. Blankenburg, gegen die ministerielle Politik erhoben hat. Er tadelt sie keineswegs im Princip, er verwahrt sich nur einerseits gegen die Bundesgenossenschaft der demokratischen Partei, und er fürchtet andererseits, daß die gegenwärtige Regierung nicht stark genug sein werde, eine so durchgreifende Politik durchzuführen, daß sie sich also auf dem geraden Wege nach einem zweiten Olmütz befinde. Dem Ernst der letzteren Bemerkung thut es keinen Eintrag, daß Herr von Blankenburg nicht ganz seine Herzensmeinung, oder, wie wir uns lieber höflicher ausdrücken wollen, nicht ganz die Ueberzeugungen seiner Partei ausgesprochen hat. Wenn die Sache im Herrenhause zur Sprache käme, so würde man ganz andere Dinge erfahren: man würde erfahren, daß der Bundestag noch viel zu demokratisch gehandelt, und daß Preußen nichts eiligeres zu thun habe, als für die neue Sünde Buße zu thun. Gerade, daß man im Herrenhause so denkt, gibt der Bemerkung des Herrn von Blankenburg über Olmütz einen sehr ernsten Sinn.

Was heißt denn eigentlich Olmütz? — Wir fühlen uns versucht, Herrn v. Manteuffel, mehr als seine Anhänger gethan, wenigstens nach einer Seite hin in Schutz zu nehmen, daß er die Persönlichkeit besaß, nach Olmütz gehn zu können, das ist eine Sache für sich, oder das ist vielmehr seine eigene Sache. Für seine Persönlichkeit wäre es erfreulicher gewesen, wenn er einen andern hätte gehn lassen; dem preußischen Staat selbst aber konnte nicht viel darauf ankommen, wer hinging; irgend Einer wäre gegangen. Freilich war es unangenehm, einen Mann an der Spitze des Staats zu haben, der nach Olmütz gegangen war; aber an der Sache selbst wurde nichts dadurch geändert. Der Weg nach Olmütz war keine Bergnügungserreise, selbst für Herrn v. Manteuffel nicht: er war die natürliche und nothwendige Folge einer absolut sinnlosen Politik, einer Politik, die länger als ein Jahr hindurch getrieben war. Man konnte früher, man konnte später nach Olmütz gehen: der Gang selbst war nicht zu vermeiden. Wer es vergessen haben sollte, wie es damals mit Preußen stand, der suche sich die Broschüre der Kriegsminister in der letzten Crisis zu verschaffen. Doch wird es kaum nöthig sein, die Erinnerung ist uns noch allen bitter und schwer in die Glieder geprägt.

Worin bestand die Sinnlosigkeit der Politik des Jahres 1850? — Man hatte sich ein Ziel gesteckt, welches nothwendig bei den Regierungen Oestreichs und der

deutschen Mittelstaaten die tödtlichste Feindschaft hervorrufen mußte; ein Ziel, welches nur zu erreichen war, wenn man alle Kräfte des Liberalismus in Preußen und Deutschland elektrisirte und sich dienstbar machte. Indem man dieses Ziel verfolgte, war man von einer inbrünstigen Liebe für die Regierungen Oesterreichs und der Mittelstaaten, von einer inbrünstigen Liebe für die österreichische Partei in Preußen erfüllt; einer Partei, welche die preußische Politik als eine sündhafte brandmarkte und die Nothwendigkeit der Buße aussprach; in demselben Augenblick haßte man die liberale Partei, gab es ihr zu erkennen und bereitete den Bruch mit ihr vor. Man faßte den Rechtswiderstand in Kurhessen als eine „Revolution im Schlafrock und Pantoffeln“ auf, und sah in Hassenpflug, dem schlimmsten Feinde Preußens, den Mann des Rechts. Wenn man aber diejenige Politik, die das Gegentheil von dem zu wollen glaubt, was sie wirklich will, als eine sinnlose bezeichnet, so ist das doch wol noch ein gelinder Ausdruck. Der erste Schritt zum Bruch mit dem Liberalismus war die Forderung einer Restauration des Herrenhauses im Januar 1850: es gereicht uns zu einiger Genugthuung, daß wir damals der preußischen Regierung zuriefen, sobald als möglich die Union aufzugeben, da wir wußten, daß sie doch und unter viel schlimmern Umständen werde aufgegeben werden. Es gibt keine schlimmere Politik als jene sanguinische, die ein bloßes Phantasielieben führt und, da sie von der Außenwelt nichts sieht, sich wol schmeichelt, alle Welt sei im Grunde mit ihr einig, und es werde sich schon alles von selbst machen. Nur der Staat, nur der Mann setzt Großes durch, der sein Alles einsetzt, der alle seine Kräfte dem herrschenden Zweck unterwirft. Der phantastische Weichling, der im Traume das Höchste des Lebens zu haschen glaubt, möge sich bescheiden, nichts Großes zu wollen.

Wozu diese allgemeinen Betrachtungen?

Die Antwort, die der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herr v. Blankenburg ertheilte, hat uns nicht ganz befriedigt; wir wissen nicht einmal, ob wir sie ganz verstanden haben. — Wollte er nur soviel sagen, daß er selber nicht nach Oelmüß gehen? oder daß er auch stets in der Lage sein werde, Niemand nach Oelmüß gehen zu lassen? — Das erste war nicht nöthig zu sagen. Herr v. Schleinitz hat viele Gegner, aber keinen der auch nur mit dem Schatten eines Verdachts seine volle persönliche Ehrenhaftigkeit anzuzweifeln wagte. Es kommt aber nicht bloß darauf an, daß Herr v. Schleinitz nicht nach Oelmüß geht, sondern daß Niemand hingehet: und diese Besorgniß zu entfernen, hat die bloße Aussage des gegenwärtigen Ministers keine Kraft, weil sein Wille darüber keine Gewalt hat.

In dieser Beziehung war uns die von Herrn v. Carlowitz vorgeschlagene Resolution von so grenzenloser Wichtigkeit, weil sie den Ernst der Sachlage hervorhebt. Herr v. Carlowitz selbst wollte ihr keine unmittelbare Folge geben; sie war nur, wie er sich ausdrückt, „der Schatten, den die kommenden Ereignisse werfen,“ und auf diesen Schatten mit großem Ernst hinzuweisen, das scheint uns die Hauptaufgabe eines jeden, der sich mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt.

Das Ministerium erklärt, es habe sich alle Eventualitäten sorgfältig überlegt. Wir sehen nur zwei Eventualitäten. Die eine ist, daß es der kurfürstlichen Regierung gelingt, durch Anwendung der Mittel, die sie schon jetzt überreichlich angewandt hat und in deren Anwendung z. B. die hannoversche Regierung ihr mit großem Erfolg Concurrenz macht, einen formellen, dem Bundestag vorlegbaren Protest gegen

die neue Verfassung zu hintertreiben. Oder es gelingt ihr nicht, und sie wendet, gestützt auf den Bundesbeschluß, Gewalt an. — Glaubt sich in diesen beiden Fällen die preussische Regierung von ihrer Verpflichtung gegen das kurhessische Volk, die Verfassung von 1831 wieder herzustellen, entbunden? — Wenn das der Fall wäre, so würde sich ihre Popularität in Deutschland kaum steigern, und es wäre im Interesse aller Parteien besser gewesen, wenn sich der Minister bestimmt darüber ausgesprochen hätte. Fast scheint es so, als stelle er die Intervention Preußens nur für den Fall in Aussicht, daß es der kurfürstlichen Regierung nicht gelingt, durch die eigenen Kräfte (Militär und Civil) den Widerstand des Volks niederzuschlagen, und daß sie dazu Bundeshilfe in Anspruch nimmt.

In einem Punkt sind wir mit dem preussischen Ministerium vollkommen einverstanden, gegen die Meinung einiger Blätter, die weiter gehn. Wenn das frühere Verhalten Preußens in der kurhessischen Sache unter einem andern Ministerium dem neuen Preußen keine eigentlichen politischen Verbindlichkeiten auslegt, so legt es ihm doch Schicklichkeitsrückichten auf, und es war nicht bloß durch Gründe der Klugheit, sondern auch durch Gründe des Anstandes geboten, für den Bundesbeschluß von 1852 eine Auslegung zu suchen, die es sämmtlichen daran Betheiligten möglich machte, ohne unbedingten Bruch mit ihrer Vergangenheit eine andere Bahn einzuschlagen. In dieser Beziehung hat die Regierung vollkommen correct gehandelt. Wol aber wäre es wünschenswerth gewesen, bestimmt diejenigen Folgen des Bundesbeschlusses zu bezeichnen, welche zu hindern Preußen entschlossen sei. Wie dem aber auch sein mag, die Möglichkeit, daß Hessen-Kassel zur Durchführung der neuen Verfassung Bundeshilfe fordert und verlangt, liegt immer noch so nahe, daß es die schlimmste aller Illusionen wäre, wenn man glaubte, durch die neulichen Verhandlungen im Hause der Abgeordneten dieselbe abgeschnitten zu haben. Sämmtliche Redner, die für das Ministerium sprachen, haben darauf aufmerksam gemacht, daß es ein unfruchtbares Unternehmen wäre, mit den Regierungen Oestreichs und der deutschen Mittelstaaten ein Einverständnis herzustellen zu wollen, und der Minister hat dieser Ansicht nicht widersprochen. Gleichzeitig aber melden uns einige nicht preussische Blätter, anscheinend aus officiöser Quelle, es sei wiederum an Oestreich oder auch an die sämmtlichen deutschen Cabinette eine Note erlassen, welche allerdings auf ein Einverständnis zunächst in Bezug auf die Bundesmilitärverfassung hinarbeite. Fast sieht es also so aus, als halte man es doch für möglich, beides mit einander zu vereinigen: die Regierungen zu reizen und zugleich zu gewinnen. Leider stimmt das nur zu sehr mit der innern Politik der Regierung, Maßregeln gegen das doctrinaire Junkerthum durchzuführen und doch mit demselben in Freundschaft zu bleiben.

Preußen hat zwei Wege, die Gefahr in der es schwebt, zu überwinden und sie zu seinem Vortheil zu verwenden: Verständigung mit den deutschen Regierungen oder Ausübung eines Drucks auf dieselben. Beide können zum Ziel führen, wenn man entschlossen darauf fortgeht; nur eins ist absolut sinnlos: auf beiden Wegen zugleich gehn zu wollen. Preußen muß eine Wahl treffen, und zwar schnell; denn die Stunde der Gefahr schlägt vielleicht heute oder morgen.

Falls Preußen sich zu der zweiten Eventualität entschließt, woran, wenn das Ministerium bleiben will, nach den gegenwärtigen Verhandlungen kein Zweifel mehr sein kann, so ist das erste, was es zu thun hat, den auswärtigen Regierungen, dem

preussischen und dem deutschen Volk gegenüber zu zeigen, daß es wirklich Preußen vertritt. Mit bloßen Versicherungen einzelner Minister im Hause der Abgeordneten, man werde sich Respect zu verschaffen wissen, ist es nicht gethan, denn diese Versicherungen finden am wenigsten da Glauben, wo es am nöthigsten wäre, nämlich bei den Regierungen. Das Herrenhaus betrachtet das gegenwärtige Ministerium als eines, welches sobald als möglich fortgeschafft werden müsse und auch werde fortgeschafft werden. Diese Ansicht gibt es nicht bloß durch rücksichtslose Verwerfung aller vom Ministerium ausgehenden Gesetzworschläge kund, sondern es spricht sie mit der heitersten Unbefangtheit aus; fest überzeugt, daß der Schwerpunkt des preussischen Staats ausschließlich im Herrenstande liege. Dieser Ueberzeugung sind auch die deutschen Regierungen, und alle Notizen, die man an sie erläßt, werden als null und nichtig betrachtet, so lange man in jedem Monat einen Ministerwechsel erwarten kann. Das Herrenhaus hat aber nicht bloß in Bezug auf die innern Fragen, sondern auch in Bezug auf die auswärtige Politik, eine den Ansichten des jetzigen Ministeriums radical entgegengesetzte Ansicht. In dieser Art kann nicht fortregiert werden; am wenigsten in einem Augenblick, wo man einem europäischen Krieg entgegensteht. Die Verfassung gibt der Krone die Mittel an die Hand, dem Herrenhause durch Ernennung neuer lebenslänglicher Mitglieder eine andere Pshyognomie zu geben. Daß die Anwendung eines solchen Mittels jedem Fürsten schwer fällt, ist leicht zu begreifen; wäre es aber nicht vorhanden, so hieße das nichts anderes als Abdankung des Königthums zu Gunsten des Herrenhauses. Die Anwendung dieses Mittels unterliegt in Preußen um so geringerem Bedenken, da ein großer Theil der neuen Pairs ihre Ernennung nicht ihrem natürlichen Stande, sondern ihrer politischen Gesinnung zu verdanken haben. Da aber die politische Gesinnung von 1854 heute nicht mehr zeitgemäß ist, so gilt es, die politische Ernennung von 1854 — nicht den Stand selbst — zu rectificiren. Die Lage Preußens ist so ernst, daß es für die Presse keine dringendere Aufgabe gibt, als dem Ministerium begreiflich zu machen, daß ohne diese vorhergehende Regulirung der Staatsfactoren sein Weg in der That nach Olmütz führt.

Die Differenz mit dem Hause der Abgeordneten in Bezug auf das Militärgesetz ist nicht unüberwindlich. Zwar sind wir der festen Ueberzeugung (und mit uns, wie wir glauben, die Mehrzahl der Abgeordneten), daß dies Gesetz als bleibende Einrichtung eingeführt, Preußen den tiefsten Schaden thun müßte. Da wir aber mit aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren einem großen Kriege entgegengehn, so wird das Haus der Abgeordneten, wenn es sich überzeugt, daß die Regierung wirklich deutsche und preussische Politik treiben will, keinen Anstand nehmen, für diesen Zweck soviel zu bewilligen, als die Regierung irgend fordern will, um für die Gefahr ein schnell schlagfertiges Heer in Bereitschaft zu haben. Diese Wendung hätte das Ministerium von vornherein nehmen sollen; es ist aber noch nicht zu spät, darauf zurückzukommen, und so eine Debatte zu vermeiden, über welche die Feinde Preußens nicht trauern würden. † †

Herausgegeben von Gustav Freytag und Julian Schmidt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch

Verlag von F. L. Herbig — Druck von C. C. Gebert in Leipzig.